

Leserbrief Zofinger Tagblatt vom 08.04.2011

Modernes Raubrittertum für eine verfehlte Verkehrspolitik

Da die Finanzierung der Strassen- und Schieneninfrastruktur langfristig nicht gesichert ist, schlägt unsere Verkehrsministerin Doris Leuthard vor, den Preis der Autobahnvignette um das Zweieinhalbfache (man stelle sich eine solche Teuerung in der Privatwirtschaft vor...) und später die Mineralsteuern massiv zu erhöhen. Dies nachdem der Ständerat in der vergangenen Session bereits eine Erhöhung des Benzinpreises um 30 Rappen beschlossen hat.

Weiter schlägt der Bundesrat vor einen Bahninfrastrukturfonds zu schaffen. Darin sollen unter anderem die Milliardeneinnahmen aus der Schwerverkehrsabgabe nach dem Auslaufen des FinöV (Finanzierung von Infrastrukturvorhaben des öffentlichen Verkehrs) widerrechtlich zweckentfremdet werden.

Diese geplante Vorlage unserer Bundesbehörde ist mehr als bedenklich und absolut wirtschaftsfeindlich.

Der Strassenverkehr finanziert neben seinen eigentlichen Aufgaben seit langem fremde Bereiche. Nur 32 % fliessen in den Strassenverkehr, von weiteren 40% profitiert die Bundeskasse und bereits heute finanziert die Strassenkasse den Schienenverkehr mit 21%.

Der Strassentransport dagegen deckt seine gesamte Infrastruktur- und externe Kosten zu 100%.

Die Einnahmen der LSVA sind gemäss Verfassung nach dem Auslaufe FinöV für Strassenzwecke reserviert. Dies wurde dem Volk so zugesichert. Jede diesbezügliche Abweichung ist undemokratisch und für die Bürgerinnen und Bürger höchst unverständlich.

Meiner Ansicht nach, sollten die verschiedenen Verkehrsträger ihre Kosten vollumfänglich resp. vermehrt selber decken. Deshalb muss die Eigenwirtschaftlichkeit der Bahnen mit einer Effizienzsteigerung erhöht werden. In Randregionen muss aber in einigen Fällen von diesem Grundsatz abgewichen werden, damit diese nicht vom Verkehr getrennt und wirtschaftlich geschwächt werden.

Würden die Bahnen nicht weiterhin in einem hohen Masse durch die Strassenkasse subventioniert, so würde die Effizienz und Innovation stark gesteigert und es wäre möglich die gesamten Unternehmenskosten zu senken.

Die Gelder, welche heute zweckentfremdet in den Schienenverkehr fliessen, könnten für den dringenden Ausbau der Strasseninfrastruktur gebraucht werden.

Auf die Subventionierung der Schiene zulasten der Strasse sollte in Zukunft ganz verzichtet werden.

Über die Konsequenzen der bundesrätlichen Vorlage lohnt es sich Gedanken zu machen. Einerseits müssten mit der erneuten Erhöhung von Abgaben wieder einmal der Autofahrer und der Schwerverkehr als Milchkuh hinhalten. Andererseits ist sie in einem hohen Masse wirtschaftsfeindlich. Der Binnenmarkt würde darunter stark leiden, da die Transportkosten (Erhöhung der Mineralsteuer, Zweckentfremdung der LSVA) massiv ansteigen würden. Zudem würden mit der Umsetzung des bundesrätlichen Vorschlages die Gelder für den dringend notwendigen Ausbau unseres Strassennetzes fehlen. Die Wirtschaft kämpft seit Jahren für die Fertigstellung des Nationalstrassennetzes mit einer Beseitigung der vielen Engpässe und für die Realisierung einer zweiten Gotthardröhre. Diese Forderung aus der Wirtschaft sollte so schnell wie möglich umgesetzt werden.

Es ist zu hoffen, dass diese Vorlage durch die bürgerlichen Parteien und Wirtschaftsverbände klar zurückgewiesen wird.